



+++ Ausschreibung +++
„Demokratie leben!“

Darmstadt setzt auch in diesem Jahr das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ um. Dieses Projekt zielt auf die Stärkung des zivilen Engagements, des demokratischen Verhaltens und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz vor Ort ab.

Die diesjährigen Themenschwerpunkte sind:

- **Bekämpfung von Rassismus, Antiziganismus, Homophobie und religiösem Extremismus**
- **Förderung von Jugendmigranten-Selbst-Organisationen**
- **Förderung der Willkommenskultur**

Projekt-Ideen und Anträge zu diesen Themen können noch bis zum 22. März beim städtischen Amt für Interkulturelles und Internationales eingereicht werden.

Weitere **Informationen zur Bewerbung:**

[www.darmstadt.de/leben-in-darmstadt/
soziales-und-gesellschaft/migration/](http://www.darmstadt.de/leben-in-darmstadt/soziales-und-gesellschaft/migration/)

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

15. März 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

die **Wahlen vom letzten und vorletzten Wochenende** geben leider gar keinen Anlass zum Jubeln. Bei den Kommunalwahlen am 6. März hat die Darmstädter SPD über 4 Prozentpunkte verloren. Und über das Ergebnis der Landtagswahlen vom letzten Sonntag herrscht auch in Berlin große Sorge – in allen Fraktionen. Man muss nicht drum herum reden: Wir haben es gegenüber sehr vielen Menschen offenbar nicht geschafft zu vermitteln, wie sehr sich die Bundesregierung für eine europäische Lösung der Flüchtlingskrise einsetzt. Und der AfD ist es gelungen, den Unmut derjenigen Wählerinnen und Wähler zu artikulieren, die den Eindruck haben, die Politik habe in der Flüchtlingspolitik die Kontrolle verloren oder die sich aus anderen Gründen von der Politik abgewandt haben.

Trotz allem, wir müssen jetzt voranblicken und die Wahlergebnisse nicht nur analysieren, sondern auch konkret mit ihnen arbeiten – schließlich wird die Regierungsbildung nicht überall ganz einfach werden. Übrigens: Mein **Mandat für die Darmstädter Stadtverordnetenversammlung** nehme ich natürlich an, so wie vor der Wahl angekündigt!

Die Plenarsitzungen im Bundestag beginnen diese Woche mit einer **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin** zum bevorstehenden Europäischen Rat am 17. und 18. März in Brüssel. Außerdem beraten wir **Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel**, ein neues **Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen** und die **Reform der Pflegeausbildung**.

Wir „sehen“ uns nun eine ganze Weile nicht, zwischen diesem und dem nächsten Brief aus Berlin liegt die **Osterpause** – der nächste Newsletter kommt am 12. April, in der nächsten Sitzungswoche. In der Zwischenzeit reise ich mit einer Delegation des Wirtschaftsministeriums in die USA: nach Seattle, ins Silicon Valley und nach Los Angeles. Darauf freue ich mich.

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche und frohe Ostern – hoffentlich kann man die Ostereier in der Sonne suchen!

Euse / Brigitta Zypries



Equal Pay Day am 19. März

Frauen verdienen im Durchschnitt in Deutschland **22 % weniger als Männer**. Rechnet man den Prozentwert in Tage um, arbeiten Frauen 79 Tage, also **vom 1. Januar bis zum 19. März, unbezahlt!**

Das liegt einerseits daran, dass Frauen öfter Berufe wählen, die schlecht bezahlt sind, zum Beispiel im Sektor der sozialen Dienstleistungen. Diese wichtigen Berufe müssen dringen aufgewertet werden – und zwar auch durch gerechte Bezahlung.

Leider gilt aber auch: **Frauen werden auch dann noch schlechter bezahlt, wenn sie dieselbe Qualifikation und Stelle haben wie ein Mann.**

Aus Anlass des „Equal Pay Day“ gibt es in Darmstadt am 19. März Aktionen:

Frauen mit roter Handtasche oder dem Codewort "rote Tasche" bekommen 22 Prozent Rabatt in den Innenstadtkinos!

Und um 17.30 Uhr zeigt das rex-Kino "Suffragette - Taten statt Worten", eine Sondervorstellung des Films über den Kampf für das Frauenwahlrecht.

Bezahlbares Wohnen und Bauen

Die angespannte Wohnungssituation in Groß- und Universitätsstädten nimmt immer weiter zu. Das merken wir nicht zuletzt bei uns in Darmstadt! Nicht ohne Grund war bezahlbares Wohnen ein beherrschendes Thema im Kommunalwahlkampf.

Aber überall im Land bereiten die gestiegenen Wohnungsnachfragen in Ballungsgebieten und die steigenden Mieten und Kaufpreise Probleme. Denn das heißt konkret: Für immer mehr Menschen ist es sehr schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Diese Woche beraten wir im Bundestag, wie sich der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum am besten und schnell decken lässt. Dazu gibt es einen Bericht von Bundesbauministerin Barbara Hendricks. Sie hat im Jahr 2014 Vertreter von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden sowie der Wohnungs- und Bauwirtschaft an einen Tisch gebracht, um nach Lösungen für bezahlbares Wohnen und Bauen zu suchen. Wir diskutieren nun den Bericht, den diese Gruppe vorgelegt hat.

Kern des Berichts ist ein 10-Punkte-Programm für eine **Wohnungsbauoffensive**, das unter anderem die **Bereitstellung von Bauland, steuerliche Anreize, eine Vereinfachung von Bauvorschriften sowie Mittel für den sozialen Wohnungsbau** vorsieht. Durch **steuerliche Förderungen des Mietwohnungsneubaus** sollen auch private Investoren zum Bau von preiswertem Wohnraum in den betroffenen Gebieten gewonnen werden.

Es gibt bei uns nämlich schlicht **zu wenig Neubau von Wohnungen** – gleichzeitig ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen mit kleinen und mittleren Einkommen aber in den letzten Jahren gestiegen. Ziel ist es, **in Zukunft jährlich mindestens 350.000 neue Wohnungen** fertigzustellen.

Die Themen „Bezahlbares Wohnen und Bauen“ und „Förderung des Mietwohnungsbaus“ werden diese Woche prominent im Bundestag zur Sprache kommen: Einmal am Donnerstagvormittag, wenn der Bericht der Wohnungsbauinitiative diskutiert wird, und dann noch einmal Freitagmittag, wenn wir einen Gesetzentwurf zu Steuerbegünstigungen bei Mietwohnungsneubauten in den Bundestag einbringen.

Wie immer kann man die Sitzungen des Bundestags auch von außerhalb verfolgen – zum Beispiel auf bundestag.de im Livestream. Und den kompletten Bericht der Wohnungsbauinitiative gibt es hier zu lesen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/078/1807825.pdf>



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bilder:
equalpayday.de (S. 2),
Lina Kramer (S. 3)

Reform der Pflegeausbildung

Am Freitag, gleich morgens um 9 Uhr als erstes Thema, steht die Reform der Pflegeberufe auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung bringt dazu einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein. Grob gesagt ist das Ziel des geplanten Gesetzes, die bisher getrennten **Ausbildungen in den Berufen der Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege zu einem einheitlichen Berufsbild unter einem gemeinsamen Berufsabschluss zusammenzubringen.**

Seit langer Zeit schon wird eine Reform der Ausbildung angemahnt. Gut ausgebildete Experten der Pflege werden in Zukunft noch viel dringender gebraucht als ohnehin schon. Denn wir werden immer älter – und die Sicherung hochwertiger Pflegeversorgung bleibt eine der größten politischen Herausforderungen der nächsten Jahre, so viel ist heute schon sicher. **Der Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeberufe soll deshalb auch den Pflegeberuf attraktiver machen, damit sich mehr Menschen für eine Ausbildung und Laufbahn in der Pflege entscheiden.**

Die neue Pflegeausbildung soll künftig **auf einen Einsatz in allen drei Arbeitsfeldern der Pflege vorbereiten.** Da in der Pflegebranche überwiegend Frauen beschäftigt sind, unternehmen wir so übrigens auch einen wichtigen Schritt in Richtung **Lohngerechtigkeit.** Wie im Kästchen auf der vorigen Seite ausgeführt, verdienen Frauen weniger als Männer, durchschnittlich 22%. Und zwar hauptsächlich deshalb, weil in den Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, so schlecht bezahlt wird.

Mit der neuen Ausbildung soll ein Wechsel zwischen den einzelnen Pflegebereichen einfacher werden, so dass sich für die Pflegekräfte **zusätzliche Beschäftigungs- sowie Aufstiegsmöglichkeiten** eröffnen.

Es soll übrigens auch weiterhin innerhalb der Ausbildung eine **Spezialisierung** geben. Inhalte **sollen natürlich nicht verloren gehen oder gekürzt werden.** Das will niemand und dafür setze auch ich mich ein. Denn es ist ja richtig: Es ist etwas völlig anderes, einen frühgeborenen Säugling zu versorgen, als einen Menschen am Ende seines Lebens und vielleicht auch im Sterben zu begleiten. Und dafür muss man auch unterschiedliche Dinge lernen.

Ich habe in den letzten Wochen bereits Gespräche über praktische Folgen der Reform geführt, zum Beispiel mit dem Chef der Darmstädter Kinderkliniken. Wir sind noch ganz am Anfang des Gesetzgebungsprozesses und es wird selbstverständlich eine Anhörung geben, bei der alle Bedenken Gehör finden. Es gilt weiterhin das bewährte „Struck’sche Gesetz“: Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hineingegangen ist!